

„Aus Amt wird Agentur“ oder „Arbeitsmarktreform konkret“ in Dresden

Ein Bericht zur aktuellen Lage im Mai 2004 nach Unterlagen der Agentur für Arbeit Dresden und nach Aufzeichnungen eines Gastes der öffentlichen Sitzung des Arbeitslosen Rates Dresden (A.R.D.) am 19.5.2004, wo sich ein leitender Mitarbeiter der AA Dresden den Fragen der Anwesenden stellte. Ergänzt um einige weitere Informationen und Gedankensplitter zum Thema.

„Aus Amt wird Agentur“

So betitelte die Aprilausgabe von VER.DI PUBLIK einen Bericht vom (ehemals) Arbeitsamt Schwerin, z.Zt. eine der zehn Modell-Arbeitsagenturen in Deutschland. Dieses Experiment (übrigens größtenteils vom britischen Vorbild¹ abgeschrieben) dürfte schon weitgehend dem 'Serienmodell' entsprechen, denn ähnlich wie dort geschildert wird auch in Dresden *umgebaut* (im organisatorisch-logistischen und wörtlichen Sinne):

Im künftigen Jobcenter landet der Kunde zuerst am Empfang. Alles, was innerhalb von 30 Sekunden zu erledigen ist (!), soll gleich da geregelt werden. Schwierigere Kunden werden an eine Reihe von Hausapparaten zum Servicecenter verwiesen (Diskretion?). Dieses hauseigene Callcenter (mit knallharten Leistungsvorgaben und -kontrollen seiner „Callgirls und -boys“) hat bereits 70% aller Vorgänge telefonisch, ohne persönlichen Kundenkontakt zu erledigen. In den Genuß von letzterem sollen möglichst nur noch die Markt- (Schwerin) bzw. *marktgängigen Kunden* (O-Ton Dresden) kommen, d.h. die sowieso gut vermittelbaren, frischgebackenen ALG-I-Bezieher (um diese teure Kundschaft wieder schnellstmöglich auf dem Ersten Arbeitsmarkt loszuwerden). Die sog. *Betreuungskunden*, d.h. solche mit *Vermittlungshemmnissen* (AA-Jargon, meint vor allem ältere Langzeitarbeitslose), sollen ja auch höchstens noch im *reformierten* Sinne betreut werden (s.u.). Allerdings rücken alle diese Aktivitäten (d.h. jegliche tatsächliche und qualifizierte Betreuung im *ursprünglichen* Sinne des Wortes, auch für die *Marktkunden*) erst mal in weite Ferne - in Dresden wird nach Aussage des stellvertretenden AA-Chefs der Umbau zum Jobcenter nach obigem Muster aus folgenden Gründen nicht vor Ende 2006 abgeschlossen sein:

Alle verfügbaren AA-Mitarbeiter, die dafür abgestellten Mitarbeiter des Sozialamtes sowie die knapp 100 zusätzlichen Leiharbeiter aus einer Telekom-Auffanggesellschaft (von den bundesweit 3.500²) werden vollauf zu tun haben, Clements kompromißlose politische Vorgabe zu erfüllen, bis zum 1.1.2005 alle bisherigen Alhi-Bezieher sowie arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zu erfassen und diesen ab dann die Gnade des ALG-II zu gewähren (sofern sie dank den neuen Kriterien nicht ganz aus dem Bezug herausfallen). Der AA-Vertreter war (übereinstimmend mit Medienberichten) skeptisch, ob wenigstens das zu halten sein wird: Die dafür erforderliche neue Software sowie einheitliche EDV-Systeme sind nicht nur unerprobt (*TollCollect* läßt grüßen, der Lieferant ist z.T. der selbe), nein, sie gibt es noch gar nicht, ergo wird die Erfassung erst mal manuell anlaufen müssen! Dabei sind viele grundsätzliche Fragen noch nicht eindeutig geklärt (z.B. Wohngeld). Dafür gibt es schon zahlreiche bürokratische Eigentore: so sind „*die extrem komplizierten Vordrucke eine Katastrophe*“ (O-Ton), sie werden zweimal ausgegeben - einmal ab Juli, als 'Fragebogen' deklariert; als 'Antrag' dürfen sie dann nochmals ab Oktober d.J. herausgehen (vermutlich in Erwartung weiterer Änderungen). Das alles darf aber unter keinen Umständen eine weitere Galgenfrist für die Opfer verursachen (schon gar nicht mit bisherigem Auszahlungsbetrag und -modus; der ursprüngliche Termin war ja bereits der 1.7.2004) - das dürfte dann wohl das einzig Sichere an der Geschichte sein ...

Eins darf hier fairerweise nicht unerwähnt bleiben: Der AA-Vertreter diskutierte sehr sachlich, es brach auch öfters seine eigene, recht kritische Haltung zu dieser 'Reform' und ihren (O-Ton) „*politisch so gewollten*“ Auswirkungen durch (trotz aller Hinweise auf seine Beamtenpflicht zur Neutralität und Loyalität gegenüber der politischen Führung). Das war genauso vom hochrangigen Vertreter der Landes-AA beim Hearing „*Hartz oder Arbeit*“ der PDS im Landtag Ende April zu vernehmen. Auch die persönlichen Erfahrungen mit AA-Mitarbeitern auf verschiedenen Ebenen zeigen, daß der Großteil davon im Unterschied zu ihren obersten Dienstherren nicht die Arbeitslosen als den zu bekämpfenden Feind Nr. 1 sieht, daß jedoch der Frust über diese Entwicklungen auch dort sehr tief sitzt. Letztere haben dafür aber eine irre Art von 'Kannibalismus' hervorgebracht: Auch die AA Dresden kann sich kaum vor der Bewerbungsflut Arbeitsloser auf vermeintliche Stellen für die ALG-II-Datenerfassung retten (gewisse Medien suggerierten wohl so etwas, Einstellungen dafür waren aber nie vorgesehen).

Beschäftigungstheorie und -praxis

Von den drei möglichen *Betreuungsmodellen* für ALG-II-Empfänger ('*Betreuungskunden*') wurde in Dresden das sog. *Optionsmodell* gewählt. D.h., die Kommune und die örtliche AA teilen sich die Aufgaben. Den Subjekten soll von einem *Trägerverbund* (lose *Interessengemeinschaft* der AA mit den *Bedarfsträgern*, keine juristische Person) „*alternative Beschäftigung*“ (Zitat) verordnet werden, d.h. Zwangsarbeit für ein Taschengeld (ganze 10,24 € für einen Achtstundentag!). Dabei wird die AA neben der Auszahlung im wesentlichen für die Disziplinierung/Sanktionierung ihrer *Kunden* (!?) zuständig sein, die *Träger* für die Ausbeutung deren Arbeitskraft (die '*Betreuung*' der ins ALG-II gewechselten arbeitsfähigen Sohi-Empfänger soll aus o.g. Gründen bis auf weiteres beim Sozialamt verbleiben). Die AA hat dazu eine „*Analyse kommunaler Beschäftigungsmöglichkeiten für zukünftige ALG-II-Bezieher*“³ (in Dresden) erarbeitet. Daraus sowie aus den mündlichen Ergänzungen des AA-Vertreters einige Fakten zitiert:

Derzeit werden in Dresden von der AA ca. 25.000 'Alhis' alimentiert, vom Sozialamt ca. 3.000 arbeitsfähige 'Sohis'. Für die *Beschäftigung* dieser dann ca. 28.000 Kunden (plus X zu erwartender Neuzugänge) gelten folgende Prämissen:

¹ "Deutschland - ein Wirtschaftsmärchen" (Presse-Digest Juni 2003 von W.R.)

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/modelle/maerchen.pdf>

² Die 'Reform' des Arbeitsmarktes in Großbritannien

<http://www.labournet.de/internationales/gb/index.html>

³ satirisch beleuchtet in "Aus der Bundesagentur für Arbeit" vom 5.5.2004

<mailto:ruckst1@aol.com>, Subject: ALG2S1.PDF

als 1:1 Scan (RTF-Datei) des Originaldokuments verfügbar unter

<mailto:ruckst1@aol.com>, Subject: ALG2JOB1.RTF

- Ein Anteil von ca. 30% des o.g. Personenkreises ist zu *beschäftigen* (von 'Arbeit' ist nirgendwo die Rede).
- Die 'Angebote' sind 'Vollzeitäquivalente' bei Zahlung der o.g. 'Aufwandsentschädigung' (letzteres ist im Papier mit Fragezeichen versehen, aber auf jeden Fall gilt - Zitat: „... nur der geringste Teil davon ist versicherungspflichtig“).
- Ausdrücklich hat „kein Bildungsanteil“ diese *Beschäftigung* aufzuwerten (der *Beschäftigte* soll ja keinesfalls Freude oder gar Nutzen davon haben - gewollt ist Herausekeln durch Frust in private Billigstjob-Ausbeutung!)

Das Dokument weist insgesamt 5.497 'Angebote' in verschiedenen Berufsgruppen aus, von Hilfsarbeiten in Feld und Flur über die bisher ABM-typischen Tätigkeiten bis in akademische Qualifikationen hinein. Die o.g. Vorgabe (30%) wäre damit also nicht erfüllt (außerdem handelt es sich bei der Zahl erst mal nur um unverbindliche Meldungen von Interessenten).

Nachfolgend daraus einige ausgewählte Beispiele (Originalbeschreibungen der Tätigkeiten):

• Angebote in der Kinder- und Jugendbetreuung	233
• Angebote in denkmalpflegerischen Maßnahmen kommunaler und kirchlicher Träger	351
• Angebote im ingenieurtechnischen Bereich (!?)	173
• Angebote im Bürobereich	230
• Angebote im Dienstleistungsbereich - Hausmeisterdienste	410
• Angebote im Dienstleistungsbereich - Hauswirtschafts- und Pflegedienste	576
• Angebote in Werkstätten	520
• Angebote im Hoch- und Tiefbau	421

Dieses *Angebot* legte natürlich die Frage nahe, ob da etwa auch der Bedarf städtischer Eigenbetriebe (für die reguläre Geschäftstätigkeit) enthalten sei. Dies wurde eindeutig bejaht. Damit bestätigten sich die Berichte vom Dresdner Hearing zur „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ im Oktober 2003, wonach schon damals die Controller und Justitiare der Stadtverwaltung ernsthaft prüften, inwieweit und wieviele Kindergärtnerinnen, Mitarbeiter des Grünflächenbetriebes etc. man schnellstens 'betriebsbedingt' kündigen könnte/sollte, um sie dann nach 12 Monaten dank 'Hartz-IV' wieder an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren zu lassen - diesmal als ZwangsarbeiterInnen für 1,28 € 'Stundenlohn' ...

Die Fragen, welche der gesunde Menschenverstand dazu zwangsläufig stellen muß (von ethischen Gesichtspunkten ganz abgesehen), berühren diese coolen Rechner wohl eher nicht, wie z.B.: Mit wieviel Liebe kann sich eine weit unterhalb der Armutsgrenze 'entlohnte' und von täglichen Existenzsorgen geplagte Erzieherin ihren Schützlingen noch zuwenden? Oder wie sicher wird eine Straßenbahn verkehren, die von einem langzeitarbeitslosen, jetzt zwangsrekrutierten, frustrierten Elektroingenieur technisch überprüft werden soll - für höchstens ein Achtel seines Tarifgehalts? (Die Frage, was ein ebensolcher IT-Experte im Netz und auf den Websites der Kommune alles anstellen könnte, soll nicht als Tip mißdeutet werden ...) Wie viele reguläre, auch hochqualifizierte Arbeitsplätze werden so 'eingespart' - mit allen Folgen und Nebenwirkungen - für die direkt Betroffenen selbst, aber auch für die wirtschaftlichen Kreisläufe und die Lebensqualität der Stadt insgesamt?

„Keine Extrawürste für den Osten!“

Denn dafür besteht überhaupt kein Bedarf - das ist die gebetsmühlenartige Antwort insbesondere aus dem Hause *Clement* (und aus seinem NRW-Biotop) auf alle Stimmen aus dem Osten (jeglicher politischen Couleur, aus Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Landesregierungen und Kommunen), welche auf die hier besonders verheerenden Folgen der 'Reformen' hinweisen. Auf die allgemein bekannten Gründe dafür (wie die etwa dreifache Arbeitslosenquote im Vergleich zu Bayern oder BW) soll hier nicht weiter eingegangen werden, nur auf einen leider viel zu wenig beachteten Aspekt: In den 'wissenschaftlichen' Begründungen für das 'ALG-II' wurde von westtypischen Bedingungen ausgegangen - also von relativ wenigen (und damit politisch nicht besonders relevanten) qualifizierten Langzeitarbeitslosen im Verhältnis zu sehr vielen gering qualifizierten und überdies arbeitsunwilligen Stützeabfassern und 'Sozialschmarotzern', die es per SGB-II zu 'fordern' gilt. In Dresden beträgt das Verhältnis von Alhi-Beziehern zu (arbeitsfähigen) 'Sohis' nach den o.g. Zahlen dagegen genau umgekehrt mehr als 8 zu 1. Das ist für den Osten typisch, wie auch - speziell am (früheren) Industrie- und Wissenschaftsstandort Dresden - daß diese Langzeitarbeitslosen mit meist überdurchschnittlicher Qualifikation und Motivation (aber u.a. wegen des 'Jugendwahns' ohne Chancen auf dem 'Arbeitsmarkt') vor Eintritt der Arbeitslosigkeit *relativ* gute Einkommen hatten und damit bislang auch eine Arbeitslosenhilfe, die eine zwar bescheidene, aber immerhin noch menschenwürdige Existenz ermöglichte. Das für alle Betroffenen per se zutiefst asoziale 'Hartz-IV'-Paket ist also für den Osten purer, politisch gewollter Sozialraub, speziell bei den sog. 'Mittelschichten'. Das soll durch einige Arbeitslosenzahlen für den AA-Bezirk Dresden von Ende 2003 illustriert werden (Quellen: *AA Dresden, VDI*):

„Offiziell registrierte“ Arbeitslose insgesamt: 36.500; davon 25.000 Alhi-Bezieher (66%); Nichtanspruchsberechtigte eingeschlossen dürfte der Gesamtanteil der Langzeitarbeitslosen bei über 70% liegen (Bundesdurchschnitt: 36%).

Im Fachbereich *BQFF*⁴ waren 6.300 Arbeitslose aus Intelligenzberufen registriert (Quote: 17%, bundesweit 6%); davon allein 3.100 arbeitslose Ingenieure (einschließlich Informatiker), d.h. die Hälfte (bundesweit 25%).

Darüber, wie viele Akademiker bzw. Ingenieure langzeitarbeitslos sind, lagen keine exakten Zahlen vor. Bundesweit waren Ende 2003 von gut 65.000 arbeitslosen Ingenieuren über 20.000 langzeitarbeitslos, also ca. 31%. Für Dresden dürfte diese Quote mindestens doppelt so hoch sein (wie auch für Akademiker allgemein). Das 'Reformpaket' wird also schon bei der 'Erstzustellung' bis zu 10.000 Dresdnern (betroffene Angehörige mitgerechnet) einen dramatischen sozialen Abstieg und eine gesellschaftliche Deklassierung durch schlagartige Verarmung bescheren - vergleichbar einer Enteignung, wie sie im 'alten' Europa bisher vielleicht nur Vertriebene erleiden mußten (im Unterschied zu letzteren aber für die meisten ohne Chance auf Rückkehr in gewohnte Lebensumstände - über Generationen!). Aber darüber wurde ja auf diesen Seiten schon öfters mal geschrieben⁵ ...

(W.R., 22. Mai 2004)

⁴ AA-Jargon: "Besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte" (mit Hochschulabschluß)

⁵ z.B. in "Billig im August" vom 13.8.2003 (Tag des 'Hartz-IV'-Beschlusses) <mailto:ruckst1@aol.com>, Subject: AUGUST13.RTF